

Samstag, 12. März 2022, Erdinger Anzeiger / Lokalteil

KOMMENTAR

Der Marktrat, ein zerstrittener Haufen

MARKUS SCHWARZKUGLER

Mein lieber Freund, das waren ja so einige Partei-Anträge in der Marktrats-sitzung am Mittwoch. Und wir haben in unserer gestrigen und heutigen Ausgabe noch nicht mal alle abgearbeitet. Bei der Antragsschwemme haben wir direkt auch Lust bekommen, einen zu stellen: Liebe Markräte, rauft euch mal wieder zusammen!

Das Parteiengenzänk, vor allem zwischen der CSU auf der einen sowie SPD und Grünen auf der anderen Seite, ist langsam aber sicher unerträglich für den neutralen Beobachter. „Den Antrag haben wir doch schon mal gestellt“, hat man zuletzt von Grünen und Freien Wählern gehört. Den Vogel abgeschossen hat aber die CSU, die Partei, die wohlgemerkt seit nun auch schon wieder fast zwei Jahren den Bürgermeister in ihren Reihen hat: Sie stellte doch glatt einen Antrag „auf vorausschauende Planung“. Ernsthaft?

Keine Frage, es geht um ein wichtiges Thema: die Kinderbetreuung. Und letztlich hat der Antrag auch was auf den Weg gebracht. Aber ein solches Thema gehört neutral auf die Tagesordnung gesetzt, da braucht's doch keinen Antrag der Bürgermeister-Partei. Denn hier ist doch klar, dass alle Parteien das gleiche Ziel haben: Es soll kein Kind auf der Straße bleiben. So bleibt ein gewaltiges Gschmäcke: Will sich die CSU profilieren, klarmachen, dass sie es ist, die für die Familien was auf den Weg bringt, und nicht die anderen? Ist doch egal, von wem der Antrag kommt, meinte Nina Hieronymus. Genau. Also warum braucht's dann unbedingt einen Antrag der CSU?

Erst im Februar haben sich die Parteien zu einer Klausur getroffen. Scheint ja viel geholfen zu haben. Der Ton verschärft sich sogar, ein Marktrat beleidigte einen anderen, wofür er ermahnt wurde. Details sparen wir uns. Klar, packende Debatten sind das Salz in der Suppe, gerade in den Wartberger Sitzungen. Die Grabenkämpfe zwischen den Parteien sind derzeit aber einfach zu viel des Guten. Statt zu betonen, wer welche Idee zuerst hatte, sollte man gemeinsam - freilich auch bei intensivem Meinungs-austausch - das Beste für die Bürger herausholen. Aktuell gibt das Gremium aber eher das Bild eines zerstrittenen Haufens ab.